

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Syrien-Krieg: Frieden vertagt](#)
2. [Asylpolitik](#)
3. [Deutsche Wirtschaft warnt vor Rechtspopulisten](#)
4. [Im Generalstreik](#)
5. [German journalist claims the government tells its media what it can and cannot report on following outcry over Cologne sex attack news blackout](#)
6. [Verstärkte Kontrollen schaffen neue Probleme](#)
7. [Sozialer Sprengstoff: Wie die Bundesregierung die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert](#)
8. [Sozialgerichte rufen um Hilfe](#)
9. [Grüne plädieren für „Deutschland-Rente“](#)
10. [Lehrbeauftragte arbeiten für drei Euro pro Stunde](#)
11. [Vattenfall will AKW Krümmel zurückbauen...vielleicht](#)
12. [Wir machen das einfach!](#)
13. [Überwachung aus der Parkbucht](#)
14. [Der AfD-Skandal, der nicht sein darf](#)
15. ["Germany's next Topmodel": Bitte Würde abgeben. Und schön lächeln!](#)
16. [Zu guter Letzt: "Our economy explained in cookies"](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Syrien-Krieg: Frieden vertagt**

Für den Abbruch der Syrien-Friedensgespräche macht der Westen allein Damaskus und Moskau verantwortlich – die einseitige Schuldzuweisung wird den Tatsachen jedoch nicht gerecht. –

Nur wenige Tage nach ihrem Beginn sind die Genfer Friedensgespräche für Syrien vertagt worden. Ein neuer Anlauf soll am 25. Februar versucht werden, wie der UN-Sonderbeauftragte Staffan de Mistura am Mittwochabend mitteilte. Auf die Gespräche hatten sich die Mitglieder der Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien (ISSG) Anfang November auf der Wiener Konferenz geeinigt. Bei dem Treffen in der Schweiz

soll über die Bildung einer Übergangsregierung und ein Ende des fünfjährigen Krieges verhandelt werden.

Wochenlang wurde im Vorfeld der Gespräche darüber gerungen, wer sich überhaupt an den Verhandlungstisch setzen darf. (1) Damaskus und Moskau hatten wiederholt erklärt, nicht mit jenen Kräften verhandeln zu wollen, die sie als terroristisch betrachten. Worunter auch Gruppen und Personen fallen, die von dem unter saudischer Regentschaft gebildeten Hohen Verhandlungskomitee (HNC) vertreten werden, das die Gespräche auf Seiten der Regierungsgegner führt – allen voran deren Verhandlungsführer Mohammed Allousch, der der von Saudi-Arabien unterstützten „Islamischen Armee“ angehört.

Trotz dieser Vorbehalte fanden sich die Vertreter der syrischen Regierung am vergangenen Freitag pünktlich in Genf zu den Gesprächen ein. Das Hohe Verhandlungskomitee verweigert sich hingegen weiterhin konsequent gegenüber der Teilnahme von Vertretern der kurdischen Opposition, wie sie vor allem von Moskau gefordert wird.

Zu direkten Gesprächen der verfeindeten Parteien war es in Genf nicht gekommen. Stattdessen fanden unter der Vermittlung des UN-Sonderbeauftragten separate Sondierungsgespräche statt. De Mistura bemüht sich um einen für beide Seiten akzeptablen Fahrplan für direkte Verhandlungen.

Quelle: [Hintergrund](#)

dazu: **Die Zeit läuft ab**

Natürlich wäre es für eine Friedenslösung hilfreich, wenn die Waffen für die Dauer der Gespräche schweigen würden – doch eine Feuerpause wäre nur realistisch, wenn sie von beiden Seiten eingehalten werden würde. In diesem Krieg wollen einige der beteiligten Parteien jedoch keinen Frieden. Für die Dschihadisten zählt nur der Sieg. Während die Opposition und ihre Unterstützer im Westen und am Golf von Moskau und Damaskus verlangten, auf Angriffe zu verzichten, tötete eine von den Aufständischen abgefeuerte Rakete in Deraa 19 Menschen. Doch darüber kein Wort von den Unterhändlern aus Riad und in den westlichen Medien. Nach deren Lesart sind für die Verbrechen in diesem Krieg immer noch allein das Assad-Regime und Moskau verantwortlich.

Quelle: [junge Welt](#)

2. Asypolitik

a. **Viele Ausländer, mehr Wohlstand?**

Befürworter und Gegner von Ausländern haben die verschiedensten Ideen und Argumente, um ihre Position zu stärken. Ihre Grundpositionen bleiben jedoch

eher konstant: Ausländer wirken sich entweder positiv oder negativ auf den Wohlstand einer Gesellschaft aus. Beide Positionen haben ihre eigene innere Logik. Welche hält der Statistik stand? [...]

Das Ergebnis dieser Analyse bestätigt die These nicht, dass Ausländer eine positive Auswirkung auf die Wirtschaft eines Landes haben. Die Befürworter der Migration können also an dieser Stelle nur bedingt unterstützt werden. Anders verhält es sich mit den Gegnern der Einwanderung. Auch wenn für PEGIDA und AfD nicht nur wirtschaftliche Faktoren wichtig sind, kann ihnen zumindest entgegnet werden, dass durch mehr Ausländer keine negativen ökonomischen Auswirkungen zu befürchten sind. Wer in der Vergangenheit viele Ausländer ins Land gelassen hat, hat in der EU heute auch eine starke Wirtschaft.

Quelle: [Katapult Magazin](#)

b. Aus dem Bett gerissen

Die Ausländerbehörde hat in der vergangenen Woche mehrere Dutzend Menschen abgeschoben, darunter einen Mann, der schon mehr als 20 Jahre hier lebte. Mindestens 44 Menschen aus verschiedenen Balkanstaaten sind in der vergangenen Woche abgeschoben worden, wie die Ausländerbehörde bestätigte – darunter ein Rom, der schon seit mehr als 20 Jahren in Deutschland lebte. Eine afghanische Familie darf nach Angaben der Initiative „Willkommen-Kiwittsmoor“ vorerst bleiben, weil die Frau schwanger ist.

Quelle: [taz](#)

c. Grünenchef will über »sichere Herkunftsstaaten« reden

Bei den Grünen hält Parteichef Cem Özdemir die Tür für ein mögliches Ja zur umstrittenen Ausweitung der Liste angeblich sicherer Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien offen. Seine Partei würde sich Verhandlungen über die viel kritisierten Pläne der Bundesregierung »prinzipiell nicht verschließen«, sagte Parteichef Cem Özdemir der »Rheinischen Post« laut einer Vorabmeldung des Blattes. Im Gegenzug müsste die Bundesregierung aber Zugeständnisse an die Grünen machen. Özdemir forderte unter anderem Verbesserungen für in Deutschland geduldete Ausländer.

Quelle: [Neues Deutschland](#)

dazu: Hauptsache raus: Wie aus Kriegsgebieten sichere Herkunftsländer werden

Das Außenministerium warnt dringend vor Reisen in Gebiete Algeriens. In Mali kämpfen Bundeswehrtruppen gegen Islamisten und Terrorkommandos. Aber genau in diese Länder sollen Flüchtlinge nach Willen der Regierungsparteien bald wieder abgeschoben werden. Selbst Afghanistan gilt Regierungsmitgliedern

plötzlich als hinreichend sicher, obwohl der Staat in Chaos und Gewalt versinkt und die Bundeswehrtruppen gerade aufgestockt wurden. Die deutsche Flüchtlingspolitik scheint nur noch ein Ziel zu kennen: „Hauptsache raus!“

Quelle: [Monitor](#)

d. **SPD in der Flüchtlingskrise: Hin- und hergerissen. Na und?**

Die SPD tut sich schwer in der Flüchtlingskrise, SPIEGEL ONLINE diagnostizierte: „Panik-Partei“. Dagegen wehrt sich jetzt der Vorsitzende. [...] Angela Merkel hat den Satz geprägt: „Wir schaffen das.“ Für uns Sozialdemokraten gilt jetzt: Wir machen das.

Quelle: [Spiegel Online](#)

***Anmerkung C.R.:** Was soll dazu gesagt werden? Beratungsresistent? Oder trifft hier der Schröder-Satz über Lehrer ausnahmsweise einmal – ausgerechnet auf seinen „Zögling“ – doch zu: „Ihr wisst doch ganz genau, was das für faule Säcke sind.“?*

3. **Deutsche Wirtschaft warnt vor Rechtspopulisten**

Deutlich härter geht der Ökonom Gustav Horn mit der AfD ins Gericht. Er hält das Wirtschaftsprogramm der rechtspopulistischen Partei in seinem Kern für neoliberal-nationalistisch, wobei das Nationale einen deutlich breiteren Raum einnehme. „Fatal ist, dass die AfD mit diesem Ansatz ein Programm zur Wohlstandsvernichtung breiter Bevölkerungsschichten verfolgt“, sagte der Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie (IMK) dem Handelsblatt. „Die Renationalisierung vernichtet Exportchancen und der binnenwirtschaftliche Neoliberalismus geht zusätzlich zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung.“

Besonders sorgt Horn, dass nach den Vorstellungen der AfD die Wirtschaftspolitik vor allem anderen wieder renationalisiert werden solle. „Dabei knüpft sie an das weit verbreitete Gefühl in der Bevölkerung an, die Politik EU und auch die Europäische Währungsunion seien gegen die Interessen weiter Teile der Bevölkerung gerichtet“, sagte er. Paradox erscheine aber, dass die AfD dann gleichzeitig die neoliberalen Steuerkonzepte eines Paul Kirchhoff aufgreife. „Dies lässt den Verdacht zu, dass die AfD tatsächlich auch eine neoliberale Wirtschaftspolitik betreiben will, allerdings nur in nationalem Rahmen.“

Quelle: [Handelsblatt](#)

dazu: **So sozial ist das Programm der AfD**

Wie steht die Partei zu Mindestlohn und HartzIV? Und sollen die Steuern rauf oder runter? Hier die wichtigsten Fakten:

Quelle: [Katharina Nocun](#)

4. Im Generalstreik

Mit einem Generalstreik und landesweiten Protesten hat die griechische Bevölkerung sich am gestrigen Donnerstag gegen die jüngsten Kürzungsdiktate Berlins und der EU gestemmt. Die Demonstrationen folgten wochenlangen Straßenblockaden und Arbeitsniederlegungen einzelner Berufsgruppen; auch in den kommenden Wochen sollen die Proteste fortgesetzt werden. Aktueller Anlass sind Steuererhöhungen und eine Rentenreform, die weitere Teile der Bevölkerung – darunter auch Angehörige der Mittelschichten – in die Armut zu reißen drohen. Bereits jetzt erhalten 45 Prozent der Pensionäre eine Rente unterhalb der offiziellen Armutsgrenze; dabei handelt es sich um mehr als zehn Prozent der Bevölkerung. Während der soziale Absturz Griechenlands fort dauert, schlachten deutsche Firmen den Krisenstaat weiter aus. Wegen des deutschen Exportüberschusses fließen auch weiterhin jährlich mehr als drei Milliarden Euro aus dem Land in die Bundesrepublik. Der mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche deutsche Flughafenbetreiber Fraport hat gegen massiven griechischen Widerstand die Genehmigung zum Betrieb der 14 profitabel arbeitenden Regionalflughäfen des Landes erhalten. Will Athen die übrigen Flughäfen insbesondere auf kleineren Inseln nicht zum Nachteil der Bewohner stilllegen, muss es sich für sie weiter verschulden.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

dazu: **Generalstreik, Rentenchaos, Flüchtlinge: Tsipras in Schwierigkeiten**

Die griechische Regierung hat es geschafft, sämtliche soziale Gruppen, Angestellte, Arbeitgeber, Bauern, Arbeitslose, Selbstständige und Freiberufler gemeinsam gegen sich aufzubringen

Ganz Griechenland streikte am Donnerstag. Es rumort im Land, nicht nur weil die erneut Troika genannten Kreditgeber in Athen weilen, und während ihrer ersten Prüfung des dritten griechischen Austeritätsprogramms weitere Maßnahmen verlangen. Dass in naher Zukunft weitere Kürzungen erforderlich sind, bestätigt zudem ein Bericht der EU über die Wirtschaftsaussichten Europas. Der Bericht besagt, dass Griechenland die wegen der Bankenschließung und der Kapitalverkehrskontrollen erlittenen Wirtschaftsschäden gut überstanden hat, aber wegen der Rekapitalisierung der Banken im November ein erhöhtes Defizit und daher offensichtlich einen Bedarf an weiteren Einschnitten hat.

Quelle: [Telepolis](#)

5. **German journalist claims the government tells its media what it can and cannot report on following outcry over Cologne sex attack news blackout**

A former news boss in Germany has claimed the country's media is told what to report on by Chancellor Angela Merkel's government. His admission comes as the country grapples with accusations media ignored hundreds of sex attacks committed by migrants during Cologne's New Year celebrations. Dr Wolfgang Herles, the former head of a public broadcaster Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), said journalists are instructed to write news reports that are to 'Ms Merkel's liking'. Dr Herles labelled the situation a 'scandal' during a radio panel discussion on media and freedom of the press, Breitbart reported. Asked if the media landscape had 'got out of whack', he replied: 'Today, one is not allowed to say anything negative about the refugees.'

Quelle: [dailymail](#)

6. **Verstärkte Kontrollen schaffen neue Probleme**

In Nordrhein-Westfalen zeigt die Polizei seit den Übergriffen von Silvester in bestimmten Vierteln deutlich mehr Präsenz. Für die Koordinatorin des Kölner Antidiskriminierungsbüros hat diese Maßnahme auch eine Schattenseite: So werde die Stimmung gegen Migranten und Flüchtlinge angeheizt. Dem NRW-Innenminister seien die Probleme in Köln bekannt gewesen, er habe jedoch nichts unternommen.

Quelle: [Süddeutsche](#)

7. **Sozialer Sprengstoff: Wie die Bundesregierung die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert**

Gleich mehrere Studien haben in den vergangenen Wochen gezeigt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird – besonders auch in Deutschland. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt: Von den sprudelnden Steuereinnahmen profitiert der ärmere Teil der Bevölkerung am Wenigsten. Und das ist politisch gewollt: Fast jede steuerpolitische Maßnahme der letzten 20 Jahre hat Geringverdiener belastet, während Vermögende und Unternehmen entlastet wurden. Experten warnen: Dies schaffe den Nährboden für weitere Radikalisierungen.

Quelle: [Monitor](#)

8. **Sozialgerichte rufen um Hilfe**

Schon seit Jahren ächzen die Sozialrichter in Brandenburg unter einer Flut von Klagen. Vor allem Hartz-IV-Empfänger fechten oft ihre Bescheide an. So werden die Aktenberge immer höher, und durchschnittlich dauern die Verfahren inzwischen mehr als zwei Jahre. Die Richter rufen nach mehr Personal – bislang mit wenig Erfolg.

Quelle: [rbb](#)

9. **Grüne plädieren für „Deutschland-Rente“**

Die Grünen ziehen bezüglich der Riester-Rente eine vernichtende Bilanz und fordern einen Neustart. Die Idee ist eine Vorsorge über ein Basisprodukt unter staatlicher

Regie. Die Versicherungswirtschaft protestiert. [...]

Nur etwa 6,4 Millionen Männer und Frauen würden bislang die erforderlichen vier Prozent ihres Bruttogehalts in eine private Vorsorge stecken. Von der 2001 beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus seien aber mehr als 30 Millionen betroffen: „Für die meisten werden die Einschnitte nicht einmal im Ansatz ausgeglichen“, moniert der Abgeordnete. Anders als etwa die Linkspartei, die eine Rückabwicklung der Riester-Reform fordert, wollen die Grünen am Nebeneinander von gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge festhalten. „Unser Ziel ist es erst einmal, das Drei-Säulen-Modell zu revitalisieren“, sagt Kurth.

Quelle: [FR Online](#)

dazu: **Reform der Riester-Rente**

Die Grünen fordern von der Bundesregierung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der ein kostengünstiges Basisprodukt in Form eines Pensionsfonds als Standardweg der kapitalgedeckten Altersvorsorge einführt. Ferner soll die bisherige Riester-Förderung neu organisiert werden, indem unter anderem die Förderung von Neuverträgen auf eine reine Zulagenförderung umgestellt wird. Die Grundzulage soll spürbar erhöht werden, um das Modell auch für Geringverdiener attraktiver zu machen. Der Antrag verlangt außerdem, über verbraucherpolitische Maßnahmen die Transparenz der bestehenden Riester-Produkte zu erhöhen.

Quelle: [Bundestag](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Das ist ja ein toller Neustart. Die Grünen ziehen eine „vernichtende Bilanz“ und schlagen als Lösung das gescheiterte Produkt unter neuem Namen vor.*

10. **Lehrbeauftragte arbeiten für drei Euro pro Stunde**

Die große Koalition ignoriert 90.000 Lehrbeauftragte mit Hungerlöhnen, schreibt Peter Grottian in einem Gastbeitrag. Er fordert ein Förderprogramm. Unis und Forschungsinstitute sollen mit ihrem wissenschaftlichen Nachwuchs pfleglicher umgehen als bisher. Ein entsprechendes Gesetz hat die große Koalition jetzt durch den Bundesrat gebracht. Da werden einige vernünftige Dinge auf den Weg gebracht. Die Vertragszeiten für wissenschaftliche Mitarbeiter werden verlängert und das Handeln mit Verträgen vom halben Jahr zum nächsten halben Jahr unterbunden. So wird der Missbrauch von Befristungen in der Wissenschaft eingedämmt. Aber zu welchen Bedingungen?

Während es im öffentlichen Dienst sonst völlig üblich ist, dass ein beginnender Hilfsreferent in einem Landesministerium, ein Lehrer in der Schule oder Referent in

der Stadtverwaltung mit einem vollen Gehalt (A 12/13) beginnt, werden die wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen nur mit halben oder Zwei-Drittel-Gehältern abgefertigt. Dazu schweigt der Bund und die Länder sowieso. In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst klammern die Gewerkschaften und öffentlichen Arbeitgeber das Thema in struktureller Komplizenschaft aus.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

11. **Vattenfall will AKW Krümmel zurückbauen...vielleicht**

Am 28. Januar startete die langangekündigte Transparenzoffensive von Vattenfall zum Rückbau des AKW Krümmel mit der ersten öffentlichen Infoveranstaltung. Eigentlich optimale Bedingungen für einen Bürgerdialog. Auf dem Podium waren die entscheidenden Akteure, die wissen müssen, was geplant ist, Herr Neuhaus, der Geschäftsführer der Vattenfall Atomsparte, Herr Fricke, der Leiter des Kraftwerks Krümmel und Herr Backmann, der Leiter der Atomaufsicht. Der Saal war gut gewählt: ein neutraler Raum mitten in Geesthacht, und rammelvoll mit 120 Menschen, die informiert werden wollten. Ein neutraler Moderator der lokalen Presse machte seine Sache richtig gut, ließ alle Fragen zu und bohrte auch unbequem nach, wenn die Antworten nichts mit den Fragen zu tun hatten.

Was schon im Eingangsreferat stutzig machte, waren die Formulierungen von Herrn Neuhaus, „der mögliche Rückbau“, „wenn wir dann entschieden haben, was wir mit der Anlage machen“ – eine ganze Menge konjunktiv. Kein Wunder, dass hierzu Fragen kamen. Sehr zögerlich und erst nach diversen Fragen aus dem Publikum kam die Katze aus dem Sack: Vattenfall wird von einer möglichen Abbaugenehmigung durch die Aufsichtsbehörde keinen Gebrauch machen, solange die Klage gegen das Atomgesetz beim internationalen Schiedsgericht läuft. Dabei klagt Vattenfall nicht nur auf Schadensersatz, sondern gegen den Entzug der Betriebsgenehmigung.

Maßnahmen, die ein Wiederaufstart des Reaktors unmöglich machen, werden nicht ergriffen, man könne laut Reaktorleiter das AKW sogar binnen eine Jahres wieder ans Netz bringen.

Quelle: [ausgestrahlt](#)

12. **Wir machen das einfach!**

Symbolpolitik ist das. So tun als ob. Neulich habe ich mich dazu erst ausgelassen. Es reißt ja nicht ab mit all der Symbolik. Ob Gesundheits- oder Familienminister/-in: Alle sind sie nur symbolpolitische Sprecher einer Regierung, die in einen heiteren Aktionismus verfällt, ohne aber am Grundsätzlichen etwas ändern zu wollen. Da wundert es nicht, dass der Kopf dieser Regierung markig sagt, dass wir es schaffen, ohne aber die Grundlage des Schaffens zu beschaffen. Wobei es ja ganz viele dieser symbolpolitischen Maßnahmen gibt, die gar keine Strukturmodifikation brauchen. Zum Beispiel: Man rechnet bei Hartz IV-Regelsätzen einfach Alkohol und Kippen

heraus. Das wiederum tut man, damit eine niedere Moral befriedigt ist, damit der brave Bürger sich in einem ordentlichen Staate wähnt. Was er natürlich auch tut, wenn er in der Tageszeitung liest, dass er künftig schneller vor seinem Facharzt sitzt. Dass er das gegen 22:00 Uhr in einer anderen Stadt tun wird, weiß er erst hernach. Und während er im Wartezimmer sitzt, liest er ein Interview mit einem dieser Symbolpolitiker, der stolz zu Protokoll gibt: Wir tun was!

Quelle: [Heppenheimer Hiob](#)

13. **Überwachung aus der Parkbucht**

In den USA sollen künftig nur noch vernetzte Autos zugelassen werden. Das US-Verkehrsministerium will die Hersteller ab Modelljahr 2020 dazu verpflichten, ihren Fahrzeugen Funkmodule einzubauen, mit denen sie sich identifizieren und mit anderen Fahrzeugen kommunizieren können.

Datenschützer machen sich bei solchen Meldungen reflexhaft Sorgen um die Privacy der Fahrer. Zu recht. Die Hersteller beteuern zwar beharrlich, alle entsprechenden Daten seien anonymisiert. Doch Forscher der Universität Twente konnten im vergangenen Jahr zeigen, dass man vernetzte Fahrzeuge schon mit einfacher Hardware am Straßenrand relativ zuverlässig nachverfolgen kann.

Quelle: [Heise Online](#)

14. **Der AfD-Skandal, der nicht sein darf**

Eigentlich ist die AfD nicht mein Thema, und die "Welt" auch nicht. Aber dieser Vorgang ist doch so ungewöhnlich, dass ich darüber schreiben muss - weil es sonst (fast) keiner tut. Ein handfester Skandal findet fast unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Am späten Abend des 25. Januar 2016 postete der NRW-Landesvorsitzende der AfD (und Lebensgefährte von Frauke Petry), Marcus Pretzell, drastisches auf Facebook. Unter der Überschrift „4000-Euro-Lachmann - oder wie ein Journalist der Welt seine Unabhängigkeit verlor“, beschuldigte er den AfD-Berichterstatte der „Welt“ schwer. Dieser habe der AfD-Vorsitzenden Petry vorgeschlagen, sie in Sachen PR zu beraten und habe dafür heimlich mit 4000 Euro pro Monat entgolten werden wollen, während er weiter für seine Zeitung über die AfD berichtet hätte. Petry habe abgelehnt und seither schreibe er sehr giftig über sie. [...] Googelt man nach „Lachman Pretzell Welt AfD“, bekommt man jetzt dieses Kress-Stück und sonst fast nichts Einschlägiges. Als wäre nichts vorgefallen. Erstaunlich. Man kann nur spekulieren, was da im Hintergrund los ist. Wird vielleicht verhandelt, wie man die Sache geräuschlos aus der Welt schaffen kann, so dass auch die AfD etwas davon hat? Man weiß es nicht. Aber warum interessiert sich niemand dafür? Wenn ein Landesvorsitzender der FDP so etwas Ehrenrühriges über einen Journalisten behaupten würde, der die FDP covert, würde die Sache vermutlich nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgetragen.

Quelle: [Norbert Häring](#)

15. **“Germany’s next Topmodel”: Bitte Würde abgeben. Und schön lächeln!**

Die Regeln macht der Kunde: “Germany’s next Topmodel” geht in die elfte Runde. Die Show lehrt junge Frauen, dass Unterwerfung die höchste Tugend ist. Gut, dass immer weniger Leute dabei zugucken wollen. [...]

Das Frauenbild in Deutschland, da wollten wir doch drüber reden, nicht wahr? Für die Flüchtlinge. Bitte schön. Was lernt man zum Beispiel bei GNTM? Oberste Regel, die Heidi Klum in jeder verdammten Folge wiederholt, natürlich nicht als Regel, sondern als vermeintlich freundlichen Rat: “Hab Spaß!” oder “Versuch, ein bisschen Spaß zu haben!” Entschuldigung, aber das ist pervers. Spaß hat man oder man hat ihn nicht, aber man kriegt ihn nicht durch Aufforderung oder Überwindung. “Hab Spaß!” bedeutet: Tu den Quatsch, den du hier tun musst, widersprich nicht, stell nichts infrage, aber lächel dabei und sieh gut aus, denn das ist deine Aufgabe und was Besseres kriegst du nicht.

Quelle: [Margarete Stokowski auf Spiegel Online](#)

Anmerkung C.R.: Die NachDenkSeiten haben in diesem Zusammenhang auf Patrick Schreiners Buch “[Unterwerfung als Freiheit](#)” und auf ein [Interview mit dem Autor](#) hingewiesen.

16. **Zu guter Letzt: “Our economy explained in cookies”**

Quelle: [Giphy](#)